

Mit Website gegen das Pferdezentrum

Bald stimmt die Freienwiler Bevölkerung über die Fristenverlängerung zum Pferdezentrum ab – die Gegner setzen sich aktiv für ein Nein ein.

Claudia Laube

Seit 2013 wird das Pferdezentrum Bücklihof in Freienwil geplant – und noch immer ist es von einer Realisierung weit entfernt. Zum einen wegen Einsprachen, zum anderen wegen Änderungen des Projekts durch die Bauherrschaft, die IG Bücklihof unter der Führung von Cyrill und Dominik Burger. Im Gestaltungsplan «Bücklihof 2017» ist ein Pferde-Kompetenzzentrum mit den Schwerpunkten Veterinärmedizin, Zucht, Forschung und Lehre festgehalten.

Innert sieben Jahren, also bis spätestens 25. September 2020, hätte das Zentrum realisiert werden müssen. Ansonsten würden wieder die früheren Bestimmungen der Landwirtschaftszone gelten. Um das zu verhindern, beantragte die IG eine Fristverlängerung der «Spezialzone Bücklihof» um fünf Jahre. Darüber wird die Bevölkerung am 27. September abstimmen. Diese hat den Antrag schon einmal angenommen: An der Gemeindeversammlung im November 2019 stimmten – trotz kritischer Voten zuvor – 56 gegen und 78 Personen für die Fristverlängerung. Pikant: Die Abstimmung wurde auf Antrag geheim

abgehalten. Um einen breiter abgestützten Entscheid herbeizuführen, ergriffen nach der Versammlung mehrere Personen das Referendum: Sie sammelten über 180 Unterschriften und erwarbten eine Abstimmung an der Urne. Diese hätte im Mai stattfinden sollen, wurde aber wegen der Coronakrise verschoben.

Projektänderungen führten zu Widerstand

Mit den Unterlagen für die Abstimmung vom 27. September wurde in Freienwil ein Flyer der Befürworter und einer der Gegner der Fristverlängerung mitverschickt. Igor Schnyder, Sprecher des Referendumskomitees, hat ausserdem vor kurzem eine Website mit dem Namen «5423.ch» aufgeschaltet. «Mit dieser soll Gegensteuer zur spärlichen Informationspolitik der Gemeinde gegeben werden», erklärt Schnyder.

Gegen das Pferdezentrum in seiner ursprünglichen Form des Projekts hätte das Komitee eigentlich nichts, sagt Schnyder. Bei näherer Betrachtung der Unterlagen stelle man aber viele Ungereimtheiten fest, zum Beispiel dass es in Freienwil keine vernünftigen Zufahrtswege für einen solchen Betrieb gebe, zu



In Freienwil entscheidet die Bevölkerung, ob es mit der Planung eines Pferdezentrums weitergeht. Bild: scan

dem auch viele Ortsunkundige mit ihren Pferdeanhängern oder Lastwagen fahren würden.

Als 2013 die Zonenänderung zur Abstimmung kam, um dem Projekt überhaupt erst den Weg zu ebneten, war die Zustimmung in der Bevölkerung grösser, meint das Komitee. An der damaligen Gemeindefest seien es nur wenige gewesen, die gegen die Änderung gestimmt hätten. Hätte die Bauherrschaft die damaligen Pläne beibehalten, dann wäre die Realisierung schon fort-

geschrittener, wenn nicht sogar abgeschlossen, ist sich das Komitee sicher.

Doch die IG Bücklihof wollte 2016 noch einmal die Nutzungsordnung anpassen, um dem Projekt den Bereich Sportmedizin hinzuzufügen. Ausserdem wurde das Zentrum flächenmässig grösser geplant. In allen vorgelegten Gestaltungsplänen seien die Grenz- und Immissionsabstände zu einem Teil der umgebenden Liegenschaften nicht eingehalten, sagt Schnyder.

«Auch deshalb ist dem Projekt überhaupt Widerstand erwachsen.» Nach Auffassung des Komitees soll sich die Bevölkerung über die strittigen Punkte ein eigenes Bild machen können, deshalb sei auf der Website auch die Position der IG Bücklihof mit ihren Projekteingaben abrufbar.

Erstaunt über die neue Website

Cyrill Burger von der IG zeigt sich erstaunt über die Website: «Ich finde es fragwürdig, was die Leu-

te auf die Beine stellen, um mit falschen Argumenten gegen das Projekt zu kämpfen», sagt er. Was das Dorfbild angehe, werde das Pferdezentrum dieses kaum tangieren, das sehe man auch auf dem den Abstimmungsunterlagen beigelegten Flyer. Der Verkehr würde sich auch mehr in Grenzen halten, als es bei einer entsprechend grossen Wohnüberbauung der Fall wäre: «Die Pferdehaltung ist vorwiegend stationär ausgelegt», so Burger. Ausserdem würde nirgends an Grenzen gebaut, mit Ausnahme der Reithalle, «aber auch dort halten wir den Abstand von vier Metern zu den Nachbargrundstücken ein». Man habe alles nach Vorschrift aufgeleitet und angepasst, was angepasst werden musste. Wegen einer Einwendung liegt der Gestaltungsplan aktuell beim Verwaltungsgericht. Dort werde geprüft, ob sie als IG richtig vorgegangen seien, sagt Burger. Der Entscheid soll Ende September vorliegen, also erst kurz nach der Abstimmung.

Für die IG Bücklihof wie auch für das Referendumskomitee ist die Abstimmung zur Fristverlängerung gleichermassen wegweisend – sie wird zeigen, wie die Bevölkerung zum Pferdezentrum steht.

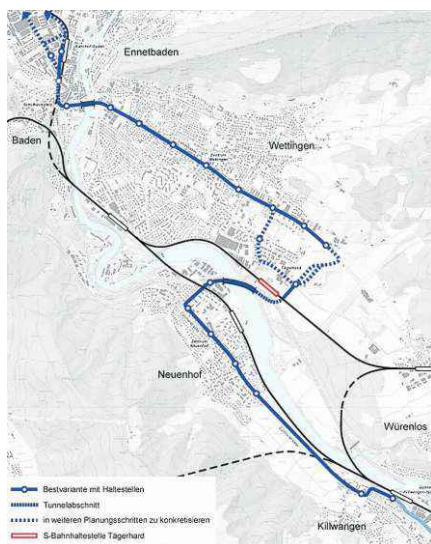
Limmattalbahn: Gemeinderat nimmt Forderung der Gegner ernst, sieht sich aber nicht zuständig

Hunderte Personen befürchten in einer Petition durch die Verlängerung bis nach Baden die Entzweiung von Wettingen.

Die Wettingerin Franziska Bilon wehrt sich mit einer Petition gegen die Verlängerung der Limmattalbahn von Killwangen nach Wettingen und Baden (diese Zeitung berichtete). Vor rund einem Monat lief die Sammelfrist auf der Online-Plattform petiti.ch ab. Die Hürde von 200 Unterstützern nahm Bilons Petition locker, 722 Personen haben dem Anliegen zugestimmt. Nun hat der Wettinger Gemeinderat zur Petition Stellung genommen.

Bilon geht es, wie auch den Petitionären von «Erhaltung der Gartenstadt Wettingen», um die Bewahrung von Grünflächen in ihrer Wohngemeinde. Sie fürchtet: «Die «Gartenstadt Wettingen» soll nicht nur durch den Bau von immer mehr vier- oder rechteckigen Mehrfamilienhäusern weiter verschandelt werden, sondern im Osten im Gebiet Geisswies/Tägerhard durch den Bau der Limmattalbahn regelrecht entzweigeschnitten werden.» Zudem wolle man den Einwohnern weismachen, es brauche diese Bahn, dabei könnte man für einen Bruchteil des Geldes die Buslinien der RVBW ausweiten, schreibt sie auf petiti.ch. Auch die Sperrung der Hochbrücke lehnt sie ab – zumal die Badener Schulhausplatz-Kreuzung gerade erst neu gestaltet wurde.

Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass es sich bei



Stöss auf Widerstand: Die Varianten durch Wettingen-Ost. Bild: Kanton

der Limmattalbahn um ein kantonales Projekt handle, welches das gesamte Limmattal betreffe. «Die Petition wäre daher grundsätzlich an die kantonalen Behörden zu richten.» Der Aargauer Grosse Rat hat den auch in dieser Woche beschlossen, das Trasse bis nach Baden frei-

zuhalten für den Fall, dass die Verlängerung dereinst gebaut werden sollte. Zugleich erhielt die Regierung den Auftrag, weitere Abklärungen zu treffen.

Obwohl sich der Gemeinderat nicht als erster Adressat der Petition sieht, geht er in seiner Antwort auch auf Bilons Kritik

ein: Die in der Petition dargelegten Ängste betreffend Landverlust und Beeinträchtigung von Freiraum und Ortsbild würden seitens der planenden Behörden ernst genommen. «Gestützt auf die Vorbehalte aus der Bevölkerung werden zurzeit im Gebiet Wettingen Ost (Untere Geisswies) zwei zusätzliche Varianten für die Linienführung zwischen Tägerhard- und Landstrasse aufgenommen.» Diese seien bis zur Festsetzung im Richtplan genauer zu untersuchen und mit den übrigen kantonalen Interessen sowie den Vorbehalten aus der Bevölkerung abzuwägen.

Strassenraum entlang der Tramstrecke aufgewertet

Roland Kuster (CVP), Wettingens Ammann und ein Befürworter der Limmattalbahn, äusserte sich auch im Grossen Rat zum Thema. Er sagte, angesichts der vielen Tausend erwarteten zusätzlichen Wohn- und Arbeitsplätze im Limmattal brauche man eine vorausschauende Planung. Doch auch er mahnte, die Hochbrücke nicht einfach für den Individualverkehr zu sperren. Es brauche ein Konzept für einen Mix. Diese Brücke sei die Nabelschnur zwischen Wettingen und Baden.

Dies deckt sich mit der gemeinderätlichen Antwort auf die Petition. In der heisst es: Die Weiterführung der Limmattalbahn sei der letzte Baustein der

Erschliessung der Gemeinden zwischen Zürich und Baden. Als schneller, leistungsfähiger und zuverlässiger Feinverteiler erfordere das Tram einen grossen Anteil Eigenstrasse, wobei im Siedlungsgebiet auch ein Mischbetrieb mit dem motorisierten Individualverkehr möglich sei. Zudem würde mit dem Vorhaben der Strassenraum entlang der geplanten Tramstrecke aufgewertet.

Für die Wettinger Exekutive ist klar: Die Limmattalbahn helfe mit, die hohe Standortgunst für Wohnen und Arbeiten und somit den Erhalt der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionsfähigkeit der Region sicherzustellen.

Andreas Fretz

Trotz Kritik: Grand Casino schüttet Dividende aus

Baden Die Generalversammlung der Stadtcasino Baden Gruppe hat der Auszahlung einer Dividende von 25 Franken pro Aktie für das Geschäftsjahr 2019 zugestimmt, wie es in einer Mitteilung heisst. Gegen die beantragte Gewinnausschüttung regte sich im Vorfeld politischer Widerstand. Private Unternehmen sollten 2020 angesichts der Pandemie auf eine Dividendenauszahlung verzichten, so die Forderung. Die Generalversammlung folgte nun dem Antrag des Verwaltungsrates mit 79 053 Aktienstimmen gegenüber 10 Nein-Stimmen bei 21 Enthaltungen.

Auch die Stadt Baden als Grossaktionärin sprach sich für die Ausschüttung aus. Die Casino-Dividende trägt jährlich einen stattlichen Betrag zum Budget der politischen Gemeinde bei. (az)

ANZEIGE

«Im Ernstfall müssen wir unsere Bevölkerung verteidigen können. Masken kann man im Krisenfall in ein paar Wochen beschaffen, funktionsfähige Kampfflugzeuge leider nicht.»

Adrian Schoop
Grossrat / Unternehmer (FDP)

27. September
JA zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge